



öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 12.05.2020

Ratsfraktion - SPD

An
Oberbürgermeister Thomas Geisel
Vorsitzender des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf

Anfrage aus aktuellem Anlass der SPD-Ratsfraktion zur Sitzung des Rates am 14.05.2020

Betrifft:

Anfrage aus aktuellem Anlass der SPD-Ratsfraktion: Informelle Ansammlung und Demonstrationzug von Gegner*innen der Corona-Prävention

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in mehreren deutschen Städten fanden am Samstag, 9. Mai 2020, Demonstrationen gegen die geltenden Corona-Präventionsmaßnahmen statt. Unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Einsatzes für Freiheitsrechte versammelten sich dabei auch Anhänger*innen demokratiefeindlicher Ideologien, die mit teils antisemitischen oder rassistischen Verschwörungserzählungen die Legitimität des freiheitlichen Rechtsstaates zu untergraben versuchen. Die Distanz- und Hygieneregeln zum Schutz vor Corona wurden dabei vielfach bewusst verletzt. Als staatliche Repräsentant*innen wurden die vor Ort eingesetzten Polizeikräfte zum Teil massiv bedrängt.

Laut report-D/Internetzeitung Düsseldorf fand eine solche Versammlung von ca. 300 Menschen auch auf dem Burgplatz statt. Hieraus habe sich ein nicht angemeldeter Demonstrationzug zum Landtag entwickelt. Als Teilnehmer*innen wurde auch Anhänger*innen der sogenannten „Bruderschaft Deutschland“ beobachtet, die in jüngster Vergangenheit vor allem in Eller und Garath durch rechtsradikale Aktivitäten aufgefallen sind.

Im Gesamtverlauf der Vorgänge am Burgplatz, der Rheinufersperrung und am Landtag sei eine Vielzahl von Verstößen gegen die Corona-Präventionsverordnungen

zu beobachten gewesen. Darüber hinaus seien Teilnehmer*innen unter Missachtung der Bannmeile bis an das Landtagsgebäude vorgedrungen.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Um welche Personengruppen handelte es sich bei den Teilnehmer*innen der dargestellten Aktivitäten in Düsseldorf und ist die Berichterstattung zutreffend, dass daran Personen beteiligt waren, die der rechtsradikalen „Bruderschaft Deutschland“ zuzurechnen sind?
2. Wurden Verstöße gegen gesetzliche Vorgaben oder gegen Corona-Präventionsverordnungen festgestellt und wenn ja, welche und was wurde dagegen unternommen?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, um bewusst provokante Verordnungs- und Gesetzesüberschreitungen von Gegner*innen der Corona-Prävention mit OSD und in Kooperation mit der Polizei zu verhindern?

Mit freundlichen Grüßen

Markus Raub

Martin Volkenrath